

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

9 (29.3.1946)

7)

26. März 1946



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 1 b bis 5, Telefon 4051 bis 4053.

1. Jahrgang

Karlsruhe, Freitag, 29. März 1946

Nummer 9

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Nonpareilzeile RM 2.-, in den Bezirke-Ausgaben RM 1.-, Amtliche Anzeigen law. die Hälfte.

Parlamentarismus mit Unvollkommenheiten

Ministerpräsident Reinhold Maier über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands - Wichtige Entschliebung des Parlaments

Von unserem Stuttgarter No-Berichterstatter
Stuttgart, 28. März. In der Sitzung der vorläufigen Volksvertretung am Mittwoch war Oberst Dawson, der Chef der Militärregierung für Nordwürttemberg und Nordbaden, erschienen. Er gab seiner Genugtuung Ausdruck über die Fortschritte, die in den letzten Monaten auf dem Wege zur Demokratisierung in Württemberg und Baden erreicht wurden. Ein weiterer wesentlicher Schritt stehe bevor in absehbarer Zeit würden hier Abgeordnete versammelt sein, die vom Volke selbst gewählt seien. Er sagte, Deutschland solle wirtschaftlich nicht auf die Dauer unter das Niveau seiner Nachbarn gestellt werden. Schließlich betonte Oberst Dawson die Notwendigkeit der Herbeiführung eines geeigneten Nachweises für die öffentliche Verwaltung.

schlagung oder Sozialisierung der großen Trusts usw., durch die Verwirklichung des demokratischen Prinzips auch in der Wirtschaft. Es wurde der Vorschlag eines zwischenstaatlichen Austausches von internationalen Anteilen an den verstaatlichten Schlüsselindustrien gemacht, womit ein System der internationalen Kontrolle der Schlüsselindustrien geschaffen würde. In diesem System könnten auch die Gewerkschaften verbände eingebaut werden. Die vollkommene Sicherung aber liege in der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Die Erklärung wandte sich schließlich gegen eine Lotrennung des Ruhrgebietes. Obwohl man sachlich dem Ministerpräsidenten Dr. Maier Gesagten und was in der Erklärung Keils zum Ausdruck gebracht wurde, nur zustimmen kann, wären doch einige Bedenken zu äußern gegen eine parlamentarische

Praxis, wie sie vorgestern geübt wurde. Es ist Aufgabe einer Volksvertretung, aktuelle politische Probleme in freier Debatte zu behandeln und dann einen Mehrheitsbeschluß zu fassen. Gerade wir, die wir die parlamentarische Institution in unserem Volk erst bodenständig machen müssen, die wir die Degradierung des Reichstags zu einem Batallion wohlredender Ja-Sager erstehen lassen, gerade wir sollten nicht gleich wieder nach dem Vorbild des Dritten Reiches die Volksvertretung „zur Entgegennahme einer Regierungserklärung“ zusammenberufen und als würdigen Rahmen noch eine Rede des Ministerpräsidenten benutzen. Auch die vorbereitete gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten - das alles ist nach meinem Gefühl zuviel Reiz. Der Verzicht auf Regie allein aber genügt noch nicht. Das bewies die folgende Aussprache über einen Antrag

auf Errichtung eines selbständigen landwirtschaftlichen Ministeriums. Hier ging es also um die Frage nach der zweckmäßigsten Organisationsform. Die Reden aber, die gehalten wurden, erweckten zum größten Teil den Eindruck, als ob das Thema lautete: „Probleme der Landwirtschaft“ oder „Wesen und Bedeutung des Bauerntums“. Wer es nicht miterlebt hat, wird es nicht glauben: aber der Abgeordnete Grathwohl von der Demokratischen Volkspartei brachte es fertig, eine geschlagene Viertelstunde über die Bekämpfung des Kartoffelfäufers sich zu verbreiten. Professor Dr. Münzinger von der Landwirtschaftlichen Hochschule betonte die biologische Bedeutung der Landbevölkerung. Niemand will, daß das deutsche Volk ausstirbt, aber die Sorge um die Vermehrung unserer Bevölkerung scheint im Augenblick noch nicht das dringendste.

Tagung des Weltsicherheitsrates

Beratung der iranischen Frage gegen russischen Einspruch

New York, 28. März. (DANA) Die erste Sitzung des Weltsicherheitsrates in New York wurde am Montag mit der Verlesung einer Begrüßungsbotschaft von Präsident Truman durch den amerikanischen Außenminister Byrnes eröffnet. In der Botschaft des Präsidenten heißt es: „Es ist eine große Ehre für uns, daß die Vereinten Nationen ihren Sitz in unserem Lande gewählt haben. Wir werden unser Bestes tun, damit sich die Delegierten hier bei uns heimisch fühlen. Aber es ist nirgendwo eine Heimstätte für die Vereinten Nationen, wenn sie nicht vereint bleiben und ihr Werk zusammen fortsetzen, so wie sie zusammen für den Frieden und für die Freiheit kämpfen. Das Volk der Vereinigten Staaten wünscht ihnen nicht nur Erfolg. Es verspricht ihnen auch von ganzem Herzen seine Mitwirkung, um den Vereinten Nationen die Stärke und den Willen zu verleihen, die zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit in dieser hilfbedürftigen Welt nötig sind.“

York bereits der vorübergehende Sitz der Gründungsversammlungen der Vereinten Staaten von Nordamerika war. „Es war damals ein neuartiges Experiment und viele zweifelten daran, ob eine solche Union freier Staaten lange dauern könnte. Aber die Vereinten Staaten blieben bestehen, trotz dunkler Tage schwerster Erprobung.“ Der Außenminister drückte die Hoffnung aus, daß auch die Vereinten Nationen jede Krise überstehen und immer stärker werden. „Es ist der klare und feste Entschluß des amerikanischen Volkes, die Charta aufrechterhalten“, sagte der Außenminister weiter. „Ich bin sicher, daß dies gleichfalls der feste Entschluß aller Völker der Vereinten Nationen ist, die sich zur Bewahrung des Friedens zusammengesetzt haben. Die Charta verpflichtet alle Staaten, gleichgültig ob sie groß oder klein sind, keine Gewalt und auch keine Gewaltandrohung anzuwenden, es sei denn in der Verteidigung des Rechtes. Über keine Nation darf das Recht in ihre eigene Hände nehmen. Wenn Streitigkeiten nicht durch freundschaftliche Verhandlungen geregelt werden können, dann müssen sie vor der Sicherheitsrat gebracht werden. Deshalb muß der Sicherheitsrat zu jeder Zeit darauf vorbereitet sein, sofort zu handeln, und deshalb muß der Sicherheitsrat auch darauf vorbereitet sein,

dauernd aktionsfähig zu bleiben. Auf dem Sicherheitsrat liegt die erste Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit.“ Der erste grundsätzliche Beschluß des Sicherheitsrates, in eine Untersuchung des sowjetisch-iranischen Streitfalles einzutreten, erfolgte mit neun Stimmen gegen die beiden Stimmen Sowjetrußlands und Polens. Ein Sprecher der sowjetischen Delegation bei den Vereinten Nationen erklärte, der AP zufolge, daß Sowjetrußland an der Sitzung nur dann teilnehmen würde, wenn Verfahrensfragen zur Debatte stünden, nicht aber die iranische Beschwerde. Iran bestreitet Reuter berichtet, daß der iranische Botschafter Hussein Ala die Vollmacht seiner Regierung besitzt, den beschuldigten sowjetischen Truppen in Nord-Iran beim Sicherheitsrat vorzubringen. Nach Meldungen aus Teheran bestreitet die iranische Regierung einen Vertrag mit der Sowjetunion geschlossen zu haben. Es sei lediglich eine legendäre Unterbrechung in der Truppen erzielt worden. Der persische Propagandaminister Prinz Firuz erklärte nach einer Reutermeldung, Ministerpräsident Quasim Sultaneh betrachte die Lage als zufriedenstellend. Es bestehe keine Veranlassung zu der Annahme, daß irgendeine Unterbrechung in der Durchführung der Räumung Persiens durch sowjetische Truppen eintrate. Der sowjetische Standpunkt Der Weltsicherheitsrat nahm gleich nach Beginn seiner zweiten Sitzung am

Nürnberger Prozeß

„Nur Gefolgsmann Hitlers“ Ribbentrop will Nazi-Ideologie wenig gekannt haben

Nürnberg, 28. März. (DANA) Dr. Alfred Seidl, der Verteidiger von Rudolf Heß, legte in der Montag-Sitzung dem Gericht weiteres Entlastungsmaterial für seinen Klienten vor. Heß sei im Laufe des Krieges auf der Ueberzeugung gekommen, daß England nicht mehr nachgeben könne, ohne einen starken Prestigeverlust zu erleiden. Darum habe er sich entschlossen, nach England zu fliegen, um dort mit der britischen Regierung zu verhandeln. Von dem Flug nach England soll Hitler erst durch einen Brief erfahren haben, der ihm nach der Landung von Heß in England überreicht wurde. Dr. Seidl machte weiter Ausführungen über ein angeblich russisch-deutsches Geheimabkommen aus dem Jahre 1939 über die Abgrenzung gegenseitiger Interessensphären. Die Existenz eines solchen Geheimabkommens gehe aus einer edelstättlichen Erklärung von Dr. Friedrich Gauß, dem Leiter der Rechtsabteilung im ehemaligen Auswärtigen Amt, hervor. Dr. Seidl beantragte die Ladung des sowjetischen Außenministers Molotow, Lordrichter Lawrence erklärte jedoch, es wäre wohl das Beste, das Dokument erst übersetzen zu lassen. Der ehemalige Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP Wilhelm Bohle wurde sodann als erster Entlastungszeuge für Heß in den Zeugenstand gerufen. Bohle bestritt, daß die Auslandsorganisation im wesentlichen Bestehen zur 6. Kolonne gehörte.

den habe. Er behauptete, daß zwischen dem Auslandsdienststellen seiner Organisation und der Zentralstelle in Berlin kein drahtloses Verbindung bestanden habe. Ueber die Zusammenhänge zwischen dem Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation in Holland und dem militärischen Abwehragenten in Holland habe er zwar gehört, aber ihm sei nicht bekannt, wie weit diese Zusammenarbeit ginge. Der britische Anklagevertreter legte dem Zeugen ein Telegramm des deutschen Botschafters in Spanien, Dr. von Stohrer, vom Oktober 1939 vor. In dem dieser schreibt, daß er ein Haus gefunden habe, „in dem sich ein sehr geeignetes Zimmer zur Aufstellung eines zweiten geheimen Funkapparates befände. Erbittet sofort Drahtweisung. Bitte auch Geuleter Bohle vorlesen.“ Bohle erklärte hierauf, daß er nicht mehr wüßte, ob er dieses Telegramm gesehen habe, und es sei ganz klar, daß man „bei einer so großen Organisation keinen Ueberblick haben kann.“ Dr. Seidl rief als weiteren Zeugen den ehemaligen Bürgermeister von Stuttgart und Präsident des „Deutschen Auslandsinstituts“ Dr. Karl Emil Julius Stroelin in den Zeugenstand. Dr. Otto von Lidinghausen, der Verteidiger von Neurath, nahm den Zeugen ins Verhör. Stroelin sagte aus, daß Neurath immer für eine Politik mit friedlichen Mitteln eingetreten sei. Neurath habe versucht, Hitler die kriegsgerichtlichen Pläne auszurufen. Als er den Eindruck gehabt habe, jeden Einfluß auf den „Führer“ verloren zu haben, sei er von seinem Posten als Außenminister zurückgetreten. Das Amt eines Reichsprotectors von Böhmen und

Wieder Postverkehr mit dem Ausland

Berlin, 28. März. (DANA) Der Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrats beschloß auf seiner 47. Sitzung am 26. März die Eröffnung des internationalen Postverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland mit Ausnahme von Japan und Spanien im Rahmen des Weltpostvereins mit Wirkung ab 1. April 1946.

Die Kriegsverehrten im neuen Staat

Mannheim, 28. März. (DANA) Über die Stellung der Kriegsverehrten im neuen Staatsaufbau sprach Stadtrat Karl Engelhardt aus Heidelberg am vergangenen Sonntag in einer öffentlichen Versammlung der Kriegsoferfürsorge im Allgemeinen Freien Gewerkschaftsbund. Er betonte, daß die künftige sozialpolitische Entwicklung mit dem Schicksal der Kriegsofer eng verbunden sei. Es müsse eine neue Versorgungsgesetzgebung geschaffen werden. Die Zahl der durch den Krieg in ganz Deutschland körperlich Geschädigten werde auf 10 bis 12 Millionen geschätzt. Wegen der Auflösung der Hauptversorgungsgüter und einer Eingliederung der Kriegsoferfürsorge in die Sozialversicherungen und die öffentliche Wohlfahrt seien bereits bei der Militärregierung entsprechende Schritte unternommen worden.

DANA funkt Aus aller Welt

New York. Nach einem Reuterbericht erklärte ein Sprecher der sowjetischen Delegation bei den Vereinten Nationen am Donnerstag, daß Sowjetrußland nicht aus der Uno austreten will.

Philadelphia. Die erste Hilfsendung der Quäker für die amerikanische Zone Deutschlands mit Milddpulver, Kleidung, Schuhen, Eipulver und Büchsenfleisch im Gesamtwert von über 200 000 Dollar hat New York verlassen.

London. Der englische Außenminister Bevin forderte das griechische Volk in einer Rundfunkbotschaft auf, sich vollständig an den Wahlen am 31. März zu beteiligen.

London. Der Exekutivsausschuß der englischen Labour-Party hat am Mittwoch einen erneuten Antrag der Kommunisten auf Eingliederung in die Labour-Party abgelehnt. In einer Sonderagung der englischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der die Abgeordneten ihr volles Vertrauen zu Bevin Außenpolitik zum Ausdruck brachten.

London. Ernährungssachverständige von 25 Nationen und Vertreter von 8 Ernährungs-Hilfsorganisationen werden am nächsten Mittwoch in London zu einer Konferenz zusammenkommen, meldet United Press. Ziel der Verhandlungen ist es, die Getreideausfuhr in die notleidenden Gebiete der Welt zu steigern und die Ernährungslücke bis zur nächsten Ernte zu schließen.

Paris. Der französische Außenminister Bidault erklärte vor der Nationalversammlung, Frankreich befürworte die Abhaltung der griechischen Wahlen zum vorgesehenen Termin am 31. März.

Lissabon. Der spanische Thronprätendent Don Juan hat General Franco eine 12-Punkte-Erklärung übersandt, worin die spanischen Rechtsparteien die Wiedereinführung der Monarchie unterstützen.

Athen. (AP) Die EAM erließ eine Proklamation, in der sie die „republikanischen Bürger“ zur Stimmhaltung aufforderte. Die Nichtbeteiligung an den Wahlen sei das einzige friedliche und legale Mittel, das ihnen zur Verfügung stehe, um ihr Recht auf Selbständigkeit zu verteidigen.

Bagdad. (AP) Irak wünscht in freundschaftlichem Einvernehmen mit England eine Revision des britisch-irakischen Vertrags von 1932, so erklärte der Direktor des irakischen Außenamtes Dr. Fadhl Jassali.

Tschungking. In Tschungking wurde amtlich bekanntgegeben: Die Räumung der Mandschurei durch Großverbände der Roten Armee hat begonnen.

Tschungking. Der japanbörige frühere Kaiser der Mandschurei, Pu-Yi, wird nach einer Mitteilung des chinesischen Informations-Ministers an die chinesischen Behörden ausgeliefert.

Rio de Janeiro. Brasilien hat der UNRRA einen Sonderbeitrag von zehn Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Buenos Aires. Oberst Juan Peron, der Kandidat der Arbeiterpartei, führt im Wahlmännerkollegium mit 148 Stimmen gegenüber 72 Stimmen seines Gegners Dr. Jose Tamborini, des Kandidaten der Demokratischen Union.

Letzte Neuigkeiten

New York, 29. März. (DANA) Ist ein erneutes Treffen der großen Drei notwendig? Diese Frage wird von vielen Amerikanern erhoben, nachdem der sowjetische ZDelegierte Andrej Gromyko während der Mittwochsitzung des Sicherheitsrates demonstrativ den Saal verlassen hatte. Senator Claude Pepper erklärte, die gegenwärtige Situation sei klar die Notwendigkeit eines erneuten Treffens Stalins, Trumans und Attlees.

Berlin, 29. März. (DANA) Ein Plan, der das Kriegspotential der deutschen Industrie für alle Zeiten zerstört, ihr jedoch die Möglichkeit beibehält, die Güter zu produzieren, die für den Inlandsverbrauch und zur Bezahlung der notwendigen Einfuhr benötigt werden, wurde vom Alliierten Kontrollrat in einer außerordentlichen Sitzung am 26. März angenommen.

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Karlsruher SPIEGEL

Es fiel uns auf . . .

Die Beamtinnen der Fernsprechanstalt sind sehr überlastet sein müssen, denn es dauert — auch in den besten Stunden — oft zehn Minuten lang, bis das Amt sich meldet. Und die Nachricht nicht stimmt, wonach die Besatzung in andere Besatzungsbereiche verlegt sind.

Die Zählung der Bahnsteige am Hauptbahnhof Verwirrung anrichtet. Der vernünftige Mensch wird Gleis 16 hinter Gleis 16 suchen. Am Karlsruher Hauptbahnhof wird man belehrt, daß das umgekehrt ist. Und wenn man sich selbst vergewissert, daß es umgekehrt ist, ja auch die Besatzung der Bahnsteige engl. Labormäntel anstreift, so muß man sich mit der Besatzung der Bahnsteige entschuldigen lassen.

Dichter sprechen zu uns

Wir brauchen von Zeit zu Zeit eine Entspannung und ein „geöffnetes Fenster“, damit ein frischer, ermunternder Luftzug in den Alltag kommt und uns weiterhilft. Die Karlsruher Jungsozialisten stellten am Dienstagabend ein solches Fenster auf und kamen in gutem Kontakt mit ausgewählten Dichtern. Verse und Prosa in Klassik, Unterhaltung und Frohsinn, Interpretation durch die Schauspieler Toni Weidner, Heinrich Kuhne und ein Jungsozialist. Von Goethe, Schiller, Kleist, Shakespeare usw. zu Keats, Byron, Busch, Klabund, Tucholsky, Endreißer und Rilke; es war ein weicher Bogen, aber ein schöner. Ein guter, ein sicheres Zeichen der menschlichen Klärung, der Freude an der Sprache, der Lust an der Dichtung. Wenn das „Wannentbad“ von Ringelatz den physischen Abschlus brachte: „Jetzt ist die Dichtung“, dann darf man nicht vergessen, daß die Gestalten der Programmkomposition, sie waren ebenfalls Künstler. Es wäre vermissen, das tiefe Verständnis der Hörer schildern zu wollen. Sollte aber einer ohne Linderung weinend gezeugen sein, wodurch nur vermehrte ist, einen Wert am Leben haben . . . ? Drei Mitglieder des Landesverbandes unter Leitung von Herrn Lindner gaben zu den geistigen Verbindungen die musikalisch ausgezeichnete abgestimmte Beikost. Wir dürfen nach solchem Abend noch viel von den rührigen und klar wirkenden Jungsozialisten erwarten.

Der Polizeibericht meldet

Am Bahnhof konnten zwei Kofferstücke festgenommen werden, die in einem hier ankommenden Zug einem Reisenden die Koffer gestohlen hatten. In der Eitlinger Straße wurde ein DKW-Kraftfahrzeug III A 4752 gestohlen. Außerdem wurden im Stadtgebiet fünf Fahrräder entwendet, ein herrenloses Fahrrad wurde aufgefunden.

Erstes Verzeichnis deutscher Kriegsgefangener in Frankreich

Die französische Behörde hat soeben die erste Liste der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich in Broschürenform herausgegeben. Sie liegt in der Volkshühnererei. Altes Bahnhofsgebäude, Kriegsstraße, zur Einsicht auf.

Goldene Hochzeit

Den Eheleuten Jakob Cillmann, Humboldtstraße 37 wohnhaft, war es vergönnt, am 21. März 1946 ihr goldenes Ehejubiläum feiern zu können. Der Herr Oberbürgermeister hat aus diesem Anlaß dem Jubelpaare im Namen der Stadtverwaltung und auch persönlich die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe der Stadt übermitteln lassen.

Sängervereinigung Mühlburg gegründet

Um eine Zersplitterung zu vermeiden, haben sich die Gesangsvereine Casino-Liederklub, Frohsinn, Maschinenbauersängerklub in der Sängervereinigung Mühlburg zusammengeschlossen. In der Gründungsversammlung am vergangenen Sonntag wurde F. F. Hespeler als Vorsitzender gewählt. Die erste Gesangsprobe findet am kommenden Samstag statt.

Dem Städtetag Karlsruhe zum Gruß!

Jede einzelne Stadt sah sich nach diesem völligen Zusammenbruch vor eine verwirrende Zahl von Fragen und Aufgaben gestellt und war mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Keine andere Gebietskörperschaft wurde stärker und unmittelbarer betroffen, als die Gemeinden. Ein einheitliches Reich existierte nicht mehr und die Landesverwaltungen waren auch weitgehend ausgeschaltet, so daß ein verwaltungsmäßiger Rückhalt soviel wie nicht mehr gegeben war. Dazu kam eine weitgehende Rechtsunsicherheit, denn die nationalsozialistischen Gesetze traten in bestimmten Bezirken außer Kraft. Andererseits waren die Anordnungen der Militärregierung zu erfüllen. Der Beamtenschaft war durch die Ausscheidung der politischen Aktivisten erheblich verkleinert, während umgekehrt die Aufgaben von Tag zu Tag wuchsen. Der Begriff der Selbstverwaltung war zu einer ungenannten Bedeutung emporgestiegen, denn es handelte sich nicht nur darum, schon bisher betriebl. Aufgaben mehr oder weniger gut fortzusetzen, sondern Verpflichtungen zu erfüllen, die in nicht wenigen Fällen ganz neuartigen Charakter trugen. Es brauchte nur etwa an die Frage der Quartierbeschaffung in weitgehend zerstörten Städten oder an die Bewältigung der Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Ernährung erinnert zu werden, um darzutun, wie sich das Wirkungsfeld der einzelnen Städte verändert hat. Dazu kamen nicht minder große finanzielle Sorgen. Die Wirtschaft, insbesondere die weitgehend auf Rüstung ausgerichtete Industrie, lag völlig darnieder, Tausende und aber Tausende von Menschen waren ohne Arbeit, zumal es an einer sogenannten wirtschaftlichen Demobilisationsplanung völlig mangelte. Dazu setzten die Ströme der Rückwanderer ein und alle diese Menschen wollten doch leben.

Und was ist seither alles geleistet worden? Gewiß: manches wäre nicht so gegangen, wie es tatsächlich der Fall war, wenn nicht von seiten der Militärregierung Hilfe und Unterstützung zu Teil geworden wäre. Es ziemt sich deswegen, auch an dieser Stelle ein Wort des Dankes an die Besatzungsmacht, welche immer wieder da helfend eingegriffen ist, wo eine Lösung nicht mehr möglich erschien. Wie wäre es großen Teilen der Stadtbevölkerung ergangen, wenn nicht die umfangreichen Zuschüsse an amerikanischen Lebensmitteln geleistet worden wären. Wie hätte all das Brennholz für den Winterbedarf bereitgestellt werden sollen, wenn nicht amerikanische Fahrzeuge in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt worden wären usw.

neuen Steuergesetzgebung und eine ganze Flut von Sozialaufgaben, die bisher teilweise vom Reich wahrgenommen wurden, wie es ja überhaupt zu den Folgewirkungen des Zusammenbruchs gehört, daß jene unaufschieblichen Aufgaben, die bisher in der Reichsinstanten lagen, notgedrungen auf andere Träger aufgeteilt werden müssen, bis wieder einigermaßen übersichtliche Verhältnisse geschaffen sind. Solange aber die Frage der Betreuung der zurückkehrenden Kriegsgefangenen, der Kriegsbeschädigten, der Kriegserwitwen und Kriegserwitwen nicht endgültig geklärt ist, fallen sie wenigstens zunächst der kommunalen Fürsorge zur Last, was sich um so empfindlicher auswirkt, als auf der anderen Seite die Möglichkeiten zur Mittelbeschaffung infolge des Darniederliegens der Wirtschaft nur sehr beschränkt sind, d. h. in andern Worten: einem in verschiedenen Gebieten, z. B. des Wiederaufbaus, der Sozialfürsorge usw. ganz erheblich gewachsenen und noch weiter wachsenden Aufwand steht vielfach nicht die Möglichkeit der Erschließung hinreichender Einnahmequellen gegenüber, so daß die Frage der Mittelbeschaffung und die Auseinandersetzung mit dem Land über die Lastenverteilung ganz erheblich in den Vordergrund rückt. Dazu treten neuerdings die sehr schwierigen Probleme der Eingliederung der Ostflüchtlinge.

Schloßplatz wird Schuttbahnhof

Bevorstehende Großaktion zur Trümmerbeseitigung

Was bisher in Angriff genommen wurde, war nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Rahmen des ganzen Riesenvorhabens. Die Anfänge der Großaktion werden immer deutlicher sichtbar. Wer nach der Schloßplatzgegend seine Schritte lenkt, dem wird ein stets weiter und sich erweiterndes Rollbahnschienennetz aufpassen, auf dem seit Wochen mit Schutt beladene Rollwagen dahinfahren. Aber es sind dies sozusagen nur die ersten Vorbereitungen zum „Großen Schlag“.

einmal abtransportieren kann. Man hofft, zunächst täglich 800 cbm Trümmer wegfahren zu können und bis zu 2000 cbm zu erzielen.

Es ist vorerst geplant, die Kleinbahngeleise durch alle Straßen von der Waldstraße bis Englerstraße zu führen. So werden analog der fächerartig angelegten Straßen auch fächerartig die Geleise in den Schloßplatz einmünden mit dem Endziel: Zentral-Schuttbahnhof Schloßplatz! Eine weitere Verladerampe oder Kippe ist in der Mitte des Schloßplatzes in Aussicht genommen.

Wohin aber mit den Trümmermassen vom Schloßplatz? Diese Frage wird ein jeder Leser stellen. Ab Verladerampe Schloßplatz bewegt sich der Dampfzug zunächst über den Schloßplatz, nimmt von ihm Abschied zwischen Staatstheater und Staatstheaterkasse, um in den botanischen Garten zu verschwinden. Diesen verläßt er etwa am linken Ende des Orangeriegebäudes, lenkt in die Bismarckstraße ein, fährt durch die Hoffstraße, Nordliche Hildapromenade, Maxauststraße links in die Händelstraße, überquert die Kaiserallee und steuert durch die Garten an den Strand der Alb. Aber auch hier gibt es noch keinen Halt, sondern kurz vor der Brücke zwischen Mühlburg und Grünwinkel — lieber Leser, erschrecke nicht — gehts hinein in die schäumenden Fluten. Jawohl, hinein in die Alb und zwar auf einen noch zu errichtenden Fährdamm. Auf der Alb fährt die Bahn unter der Mühlburg-Grünwinkler Brücke hindurch. Der Weg unter der Brücke wurde deshalb ge-

bedurft hätte, was „Selbstverwaltung“ heißt, dann bildete das Jahr 1945/46 eine wahrhaft beispiellose Bewährungsprobe. Trotz aller vorangehenden Nivellierungsversuche des Nationalsozialismus in der kommunalen Ebene haben die Städte Leistungen vollbracht, die zu den größten in der Geschichte der Selbstverwaltung gehören.

Diese stolze Feststellung aber gibt ihnen auch ein Recht auf entsprechende rechtzeitige Einschaltung bei all den Maßnahmen, welche dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wiederaufbau dienen sollen. Die Heranziehung der Städte bei der Vorbereitung von solchen Gesetzen und Verordnungen, zu denen sie irgendwie interessiert sind, hat noch nicht den wünschenswerten Umfang angenommen (und konnte dies bei der Kürze der Anlaufzeit auch nicht).

Auf diese Weise wird eine lebendige Brücke geschlagen zwischen den Verwaltungen der Städte und der Länder, die hoffentlich recht bald von den Ländern zum einheitlichen Reich erweitert werden kann. Dr. Hagen.

Die Öffnungszeiten der Ladengeschäfte

Vor kurzem sind die Öffnungszeiten der Ladengeschäfte in sehr zweckmäßiger Art, nach Lebensmittelgeschäften und anderen getrennt, neu festgesetzt worden. Die Apotheken gehören zu einer dritten Gruppe. Auch das muß als notwendig anerkannt werden, damit die Angestellten der anderen Geschäfte Gelegenheit haben, in ihrer Freizeit ihr Anliegen dort zu erledigen.

Es ist jedoch für die Öffentlichkeit schwer verständlich, warum diese Zeiten nicht eingehalten werden: Ein Geschäft öffnet nur vormittags, das andere nur nachmittags, ein drittes nur Dienstags, Donnerstags, Freitags oder Samstags. Wieder ein anderes öffnet vormittags regelmäßig, aber nachmittags nur an zwei Wochentagen und dann nicht von 14-18, sondern nur von 15-17 Uhr. Es ist ganz unmöglich, diese Unterschiede alle im Kopf zu behalten.

Ähnlich ist es bei den Handwerksbetrieben: Einer hat drei Tage der Woche ganz geschlossen, der andere aus dem gleichen Geschäftszweig nimmt an fünf Tagen der Woche nachmittags von 2-4 Uhr Reparaturen entgegen usw. Es ist gewiß einzusehen, daß die Handwerker zur Zeit ungestört arbeiten müssen. Dann sollte aber auch hier eine einheitliche Regelung Platz greifen. Sehr dankenswert wäre es auch, wenn allgemein die Öffnungszeiten morgens und mittags pünktlich eingehalten würden, wie dies von den meisten Geschäften in vorbildlicher Weise geschieht. Erfolgt die Öffnung mit einer Viertelstunde oder mehr Verspätung, so hat sich schon eine Kundenzahl angestaut, deren Abfertigung in den folgenden Stunden kaum ausgeglichen werden kann, und die gefürchtete Schlange ist fertig, von dem Zwang zu vermeidbarem Anstehen zu schweigen.

Gottesdienste in Durlach

Sonntag, 31. März 1946, Stadtkirche: 8.15 Uhr. Wichernhaus: 9.30 Uhr Konfirmation (Siedelparrel) und hl. Abendmahl in der Stadtkirche — Prüfung am Samstag, 30. 3. 46, nachm. 16.30 Uhr. — Lutherkirche: 9.30 Uhr Prüfung der Konfirmanden; 11 Uhr Kgdst.; 16.45 Uhr Motetten: „Jesus, meine Freude“ von J. S. Bach. — Am 9. Uhr Hptstadt, 10 Uhr Chh., 11 Uhr Kgdst., 16 Uhr Prüfung der Konfirmanden. — Wolfartsweiler: 9.30 Uhr Hptstadt, 10.30 Chh., 11 Uhr Kgdst.

Zur Haushalts-Brennstoffversorgung

Von Bürgermeister Riedinger, Karlsruhe

Jetzt, da der Winter zu Ende ist, er-schließt sich ein Rückblick auf die Zeit, die sich dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands angebrachte. Aus Proklamationen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte war zu entnehmen, daß das deutsche Volk nicht damit rechnen könne, im ersten Nachkriegswinter mit Kohlen für Hausbrandzwecke versorgt zu werden. Eine solche Ankündigung war in Deutschland, einem der kohlenreichsten Länder der Erde, noch nie ergangen.

Was war die Ursache? Der Krieg hinterließ ein restlos zerstörtes Transportwesen. Die Kohlenkrise war ursprünglich eine reine Transportkrise. Der Kohlenmangel ist in der Hauptsache auf eine unzureichende Förderung zurückzuführen. Die Ruhrförderung hat erst 47% des Vorkriegsstandes erreicht. Die Besatzungsmächte beanspruchten für den eigenen Gebrauch hiervon 35%, so daß augenblicklich Deutschland noch ungefähr 30% gemessen an der Vorkriegsförderung zur Verfügung stehen. Durch den starken Mangel an Bergarbeitern — es fehlen noch 120 000 — aber noch mehr durch den im Kriege getriebenen Raubbau, bestehen Hemmnisse in der Förderung.

Es ist die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß die Kohlenproduktion seit 3 Monaten nicht mehr von Flecke kommt Vertreter der Ruhrbergarbeiterschaft führen diesen Zustand in erster Linie darauf zurück, daß die alten reaktionären Kräfte noch auf vielen Gruben und Schächten die entscheidenden Positionen inne haben. Ein Versagen der Bergarbeiter liegt keinesfalls vor, eher ein Versagen durch das Dasein alter faschistischer Kräfte. Wenn heute überhaupt schon wieder

so viel produziert wird, so ist das ausschließlich das Verdienst der Bergarbeiter, die die Gruben vor dem Versinken gerettet haben. Nach amtlichen Verlautbarungen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch für den Winter 1946/47 Kohlen für den Hausbrand in nennenswertem Umfange nicht zur Verfügung stehen.

Es war ein Glück für das deutsche Volk, daß der Krieg sein Ende im Frühjahr fand. Wäre dieses im Herbst eingetreten, eine Katastrophe unvermeidbar. Ausmaß wäre als Folge der zerstörten Verkehrsverhältnisse über uns hereingebrochen. Die Holzaktion zur Versorgung der 56 000 Haushalte in Karlsruhe wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Doch nicht allein die Haushalte waren mit Holz zu versehen. Für die Industrie, das Gewerbe, vor allem für die Bäder, für die Schulen, Krankenhäuser, öffentliche und private Verwaltungen, die Gasthäuser, Werkstätten und Notküchen, Wärmestuben usw. mußte ebenfalls gesorgt werden. Dem Aufzug zum Selbstschlagen von Holz wurde von der Bevölkerung in einer Weise gefolgt, daß man sagen kann: „Hut ab vor dem Karlsruher!“ Doch auch die Stadtverwaltung darf für sich in Anspruch nehmen, nicht geschlafen zu haben. Vom August ab wurden Holzfallerkolonnen, die eine Gesamtstärke bis zu 1000 Mann erreichten, organisiert, um der gestellten Aufgabe gerecht zu werden.

Dabei mußten schier unüberwindbare Schwierigkeiten an dem Wege geräumt werden. Mangel an Fachkräften, vollkommene Fehlen von Werkzeugen, Axt, Waldsägen, Motorsägen usw., mußten erst auf dem Kompensationswege aus dem Rheinland herbeigebracht werden. Die Holzfaller waren mit guter Kleidung,

Schuhwerk und zusätzlicher Nahrung zu versorgen. Fahrzeuge und der dazu gehörige Treibstoff für den Abtransport auf Schlagplätzen, die sich bis nach Gruben und dem Alltal erstreckten, mußten bereitgestellt werden. Die Stadt Karlsruhe darf auf eine stolze aber auch zugleich bedenkliche Bilanz zurückblicken. 1 400 000 Zentner Holz wurden zur Verfeuerung nach Karlsruhe heringeschafft. Im Vergleich mit anderen Städten marschieren wir weit aus der Spitze. Von dieser Stelle aus sei auch den ländlichen Gemeinden, die unsere Holzaktion in vorbildlicher Weise unterstützen, der Dank der Karlsruhe Bevölkerung ausgesprochen, nicht zuletzt auch dieser Dank der Forstverwaltung, die entgegenkommenderweise über das vorgesehene Schlag-Soll wesentlich hinausging. Es ist klar, daß trotz aller getroffenen Vorsorge die Versorgung mit Hausbrand keine ideale war und sein konnte, denn die Zuteilung, die von der Militärregierung vorgesehen ist, entspricht an Heizwert nur einem Drittel einer Normalversorgung, gemessen an früheren Jahren. In besonders krassen Fällen ist die Stadtverwaltung auch heute noch bemüht, ausgleichend zu wirken. Voraussetzung ist jedoch, daß die Wege der Selbsthilfe restlos be-gangen werden. Es ist für niemanden eine Schande, Lesholz aus dem Wald zu holen, um über den Rest der kühleren Jahreszeit hinweg zu kommen. Mit der fortschreitenden Wiederherstellung der Gaszufuhr dürfte die Kohlegelegenheit für den Sommer gesichert sein. Im Hinblick unserer stark gelichteten Wälder, steht der Stadtverwaltung in Verbindung mit der Landesverwaltung viel-leicht noch eine schwerere Aufgabe für den kommenden Winter bevor, doch auch sie muß und wird gemeistert.

Darüber ist das reinste Rätselraten entstanden. Die einen meinen, in einem Jahre sei es so weit, und die anderen sagen eine Zeitspanne von zwei Jahren voraus. Und so geht es weiter. Nach Auffassung aller Fachleute werden selbst bei Inanspruchnahme aller modernen und produktivsten technischen Einrichtungen, sowie der Mitarbeit der erforderlichen 1500 Arbeitskräfte, drei bis vier Jahre vergehen, bis Karlsruhe vollständig enttrümmert sein dürfte. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß es sich um einen Trümmerberg von über 15 Millionen Kubikmeter handelt. Und der Wiederaufbau?

Eng verknüpft mit der Trümmerbeseitigung ist natürlich die Frage des Wiederaufbaus. Das eine steht fest: so lange die Trümmerhaufen nicht weggeräumt sind, ist ein Wiederaufbau ausgeschlossen. Also zuerst fort mit dem Schutt! Und ob dann sofort wieder Steingebäude oder gar Monumentalbauten in Angriff genommen werden können, ist sehr fraglich. Man wird sich vorerst vielleicht mit Nothelfern, selbst bei Gebäuden geschäftlichen Charakters, begnügen müssen. Alles in allem genommen dürfte wohl jeder begreifen, daß es sich bei der Trümmerbeseitigung in Karlsruhe um ein gigantisches Projekt handelt. Lange Vorbereitungen und Besprechungen mit tüchtigen Ingenieuren und sonstigen Fachkräften waren erforderlich, bis eine geeignete Planung entstehen konnte. Dazu kommen die umfangreichen technischen Vorbereitungen, um das Projekt praktisch in Angriff nehmen zu können. Und jetzt gilt es, die Verwirklichung der Pläne zu erzielen. Dazu ist die Mitarbeit vieler notwendig. Die Befreiung Karlsruhes von Schutt und der Wiederaufbau unserer Stadt kann nur das Werk der Karlsruher selbst sein. Es wird sich kein Wunder einstellen, das sie von dieser Riesenaufgabe befreit. Eisele.

Parteien zum Wahlverfahren

SPD

Dem. VP

KPD

In einer wahrhaften Demokratie kommt der Volkswille durch freie, geheime und direkte Wahlen zum Ausdruck. Das Jahr 1946 wird für uns in der amerikanischen Besatzungszone ein für unsere Zukunft entscheidendes Wahljahr sein. Das zunächst wichtigste Ereignis ist die bevorstehende Wahl zur Verfassungskonstituierenden Landesversammlung für den gemeinsamen Staat Nordwürttemberg/Nordbaden.

Das Verhältniswahlverfahren gewährleistet eine streng gerechte Verteilung der Mandate nach der Stimmenzahl der Parteien. Es führte aber in der Weimarer Zeit zu einer beklagenswerten Zersplitterung des Parteiwesens. Die Volksvertretungen hatten schließlich infolge der Aufspaltung des politischen Lebens in zahllose Gruppen und infolge extremer Verirrungen keine arbeits- und regierungsfähigen Mehrheiten.

Die Mehrheitswahl im Einmannwahlkreis hat den Vorzug, daß Kandidaten und Abgeordnete mit der Wählerschaft in ein enges Verhältnis kommen. Eine absolute Sicherung gegen Parteizersplitterung bringt aber auch die Einermahl nicht. Im Gegenteil: es besteht die Gefahr, daß politisch farblose und unklare Personen zum Zuge kommen, die eigensüchtige Klassen- und engstirnige Kirchentumensuren in den Vordergrund stellen, statt großartig staats- und volkspolitische Gesichtspunkte in den Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit zu rücken.

Wir wollen deshalb nach einem Wahlverfahren suchen, das die Nachteile der beiden Systeme ausschaltet und die Vorzüge beider Systeme nach Kräften auswertet. Der nachfolgend gemachte Vorschlag eines neuartigen Wahlverfahrens hat eine gesunde Kombination von Kreiswahl und Verhältniswahl zum Ziel.

Die Verfassungskonstituierende Landesversammlung für den Staat Württemberg-Baden soll aus 100 bis 120 Abgeordneten bestehen. Es herrscht Übereinstimmung, daß eine feste Zahl von Abgeordneten festzusetzen ist. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg käme eine ungefähre Wahlzahl von 12.000-14.000 zustande, die für einen Kandidaten in einem Wahlkreis erreicht werden muß.

In jedem Wahlkreis ist grundsätzlich der Kandidat der Wählervereinigung gewählt, der die höchste Stimmenzahl erlangt hat (einfache Mehrheit). Diese Bestimmung sichert jedem Wahlkreis seinen Bezirksabgeordneten. Die Bewerber um ein Mandat treten deshalb in einen lebendigen Wettbewerb. Die Persönlichkeit tritt stärker in Erscheinung als bei dem System der großen Kreise und der langen Listen. Der so gewählte Kreisabgeordnete kommt in ein enges Verhältnis zur eingewessenen Wählerschaft.

Außer dem mit der höchsten Stimmenzahl gewählten Kreisabgeordneten geht in einem Kreis ferner jeder Kandidat als gewählt, der die „Wahlzahl“ (siehe oben) erreicht hat. Erzielt eine Wählervereinigung in einem Kreis die „Wahlzahl“ mehrfach — dies wird nur in Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart und wenigen großen Kreisen der Fall sein —, so erhält sie entsprechende Mandate.

Wir schlagen weiter vor, mindestens fünf Sechstel aller Mandate auf die Kreise zu verteilen. Daneben soll eine kleine Landesliste der Wählervereinigungen zugelassen sein, die sich auf ein Sechstel der Mandate beschränkt. Die kleine Landesliste soll beibehalten werden, um die Wahl von Frauen in die Verfassungskonstituierende Landesversammlung zu erleichtern. Fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten sind Frauen! Außerdem können auf der Landesliste Persönlichkeiten gesichert werden, die sich für Kreiskandidaturen nicht eignen, deren sachliche Mitarbeit im Parlament jedoch dringend erwünscht ist.

Eine gerechte Verteilung der Mandate auf die Wählervereinigungen ist durch unseren Vorschlag durch folgende Bestimmung im Wahlgesetz gewährleistet: Die Gesamtstimmzahl einer Wählervereinigung im Lande wird mit der „Wahlzahl“ geteilt. Beispiel: Eine Wählervereinigung erzielt im ganzen Lande 255.636 Stimmen. Geteilt durch 14.000 („Wahlzahl“) ergibt 18 Mandate. Hiervon entfallen fünf Sechstel, also 15 Mandate, auf die Kreise und ein Sechstel, also 3 Mandate, auf die Landesliste. Hat die in Frage kommende Wählervereinigung nur in 10 Kreisen die „Wahlzahl“ oder die Höchstzahl aller Parteistimmen erlangt, so werden die restlichen fünf Sitze auf die Höchststimmigen ihrer Kandidaten unter der „Wahlzahl“ vergeben. Bruchteile an Mandaten gehen zugunsten der Kreislisten. Beispiel: Erhält eine Wählervereinigung 16 Sitze, so entfallen 14 auf die Kreise und nur zwei auf die Landesliste.

Gegen Zersplitterung und Atomisierung des politischen Lebens und zur Sicherung eines arbeits- und regierungsfähigen Parlaments soll folgende Bestimmung im Wahlgesetz aufgenommen werden: „Eine Wählervereinigung, die nicht zehn Prozent aller im Lande abgegebenen Stimmen erreicht, bleibt bei der Mandatsverteilung unberücksichtigt.“

In unserer neuen Demokratie muß jeder Politiker eine unumgängliche Figur werden, der mit Rechenziffer und Zirkel herausdividiert will, wie er „seiner“ Partei mit List und Tücke besondere Wahlvorteile zuschieben kann. Solche arbeitslosen Tröpfe haben die guten Gedanken der Weimarer Verfassung solange nachschaden gestiftet, bis ein Hitler im Sattel saß. Demokratische Parteien können nur einen aufrichtigen Willen haben im Wahlergebnis die Meinung des Volkes unverfälscht und ehrlich zum Ausdruck zu bringen; denn wahre demokratische Parteien müssen den aufrichtigen Willen haben, das Beste des ganzen Volkes zu wollen. Die „Demokratische Volkspartei“ hat in der Zeit der Deutschen Republik einen guten Geschmack bekommen. Das Parlament darf kein Tummelplatz sein für Marktschreier und Eingeweihte, so wenig wie für lächerliche Popanzfiguren, die für 6000 RM Jahreslöhne zweimal im Jahre das Deutschland-Lied befehlsgemäß zu singen haben. Eine Volksvertretung ist die große Bühne, von der aus erfahrene, ernste und hilfsbereite Menschen und arbeitstredige, entschlußkräftige Charaktere ihre in eigener Arbeit und Erleben gewonnenen Erkenntnisse einem leidenden und zu lebendiger Tat umgestalten sollen. Es ist das schöne Vorrecht einer Demokratie, daß diese Bühne ein helles Rampenlicht auf alle Figuren wirft, die auf ihr erscheinen wollen. Wer dort agieren will, soll obenstehen, offen und durchsichtig bis ins Mark und erkennbar für jedermann. Der berühmte „Mann auf der Straße“ hat das Recht ihn so beleuchtet zu sehen. Er hat die Pflicht, sich diese Bühne und seine Figuren zu betrachten und seine Meinung offen und ehrlich dazu zu bekennen und zum Ausdruck zu bringen.

Jenes Wahlverfahren wird also das beste sein, das eine glückliche Synthese schafft einerseits zwischen der Wertung der Stimmenzahl aller Wähler und andererseits der Eignung des Wählenden. Die „Demokratische Volkspartei“ glaubt, daß das aus dem Entwurf Ulrich gestellte Wahlverfahren, wie es nun zur Beschlußfassung vorliegt, diesen beiden Grundforderungen völlig, diesen beiden Grundforderungen völlig, diese deutschen Verhältnisse geeigneten Wahlverfahrens in weitgehendem Maße Rechnung trägt. Es sollte aber nicht so sehr auf die Meinung einer Partei über die Eignung dieses Wahlverfahrens ankommen, denn die Parteien selbst sind es ja, die hier von der Öffentlichkeit, von ihren Wählern geprüft und gewogen werden sollen. Es muß der Aufruf an alle, die zu ihrem politischen Bekenntnis aufgerufen sind, zu sagen, in welcher Form sie die Wahlverfahren festhalten wollen. Hoffen wir, daß eine Flut von Beiträgen an Zeitungen, Parteien und Behörden, die ihren Beitrag zu dieser grundlegenden Gestaltung zukünftiger Dinge liefern können.

Sache der Parteien wird es dann aber sein, dafür zu sorgen, daß dieses so einmal geschaffene Wahlverfahren auch demnach durchgeführt wird. Die zunächst noch dürftige Nachricht über die Art der Durchführung der hiesigen Kreiswahlen enthält die Bestimmung, daß die Wählergruppen ihre Stimmzettel selbst beschaffen, verteilen und den Wählern zubringen müssen. Es ist bekannt, wie schwer es ist, Papier zu beschaffen, eine leistungsfähige Druckerei zu finden und in die einzelnen Ortschaften zu fahren. Es ist klar zu erkennen, daß dieses System eine Verschiebung an solchen knappen Werten wie Papier und Arbeitskraft bringen muß. Es ist zu hoffen, daß die Gründe für diese überraschende Maßnahme wohl erwogen sind und alsbald öffentlich bekanntgegeben werden. Denn es wäre für aufrichtige Demokraten ein unersetzlicher Gedanke, daß die Einsicht eines an sich im Grunde guten Wahlverfahrens geboren wäre im Hirne eines „Partei-süchtigen“, der das reine Wort der Stimme des ganzen Volkes ersticken will mit einem Trickmittel, das in keinem Wahlkreis die Wahlzahl erreicht, erhält weder in einem Kreis, noch auf der Landesliste ein Mandat.

Für sachliche Kritik unseres Entwurfs und für Verbesserungsvorschläge sind wir dankbar und zugänglich. Gemeinsam wollen wir ein Wahlgesetz erfordern und schaffen, das einer lebendigen, volksverbundenen Demokratie die Bahn frei macht und allen Strömungen und Schichtungen unseres Volkes ein angemessenes Mitbestimmungsrecht bei der Schaffung einer neuen Landesverfassung sichert.

Innenminister Ulrich,
Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg.

In einer Tagung des Vorparlamentes vom 6. März 1946 wurde der inzwischen veröffentlichte Vorschlag des Innenministeriums zum Wahlgesetz eingehend diskutiert und beschlossen, den Entwurf dem Verfassungsausschuß, der aus Mitgliedern der vier Parteien und einigen Wahlrechtsverständigen besteht, für seine Beratungen als Grundlage zu geben. Von kommunistischer Seite und zum Teil auch von Abgeordneten anderer Richtung wurden darüber hinaus für wesentliche Einzelheiten dieses Planes folgende grundsätzliche Änderungen gewünscht:

Die Einmannwahl wurde von der CDU-Fraktion im Vorparlament hartnäckig vertreten. Allerdings stand sie mit ihrem entsprechenden Antrag bei der Abstimmung allein. Wir Kommunisten treten strikte für das Verhältnisverfahren ein, das für jeden Kreis die Wahl mehrerer Abgeordnete ermöglicht. Für den Wiederaufbau in unserer Heimat müssen in jedem Kreis unbedingt alle Parteierrichtungen gleichermaßen herangezogen werden. Wir wollen keine autoritären Tendenzen, sondern Demokratie im besten Sinne. Wir lehnen jeden Versuch ab, parteigegensätzliche Ziele vor die Interessen des um sein Leben kämpfenden deutschen Volkes zu stellen.

Um die wirklich demokratische Vertretung jedes einzelnen Wahlkreises besser zur Geltung zu bringen, muß nun auch der einzelne Kreis genügend groß beschaffen sein. Stuttgart hat 210.000 Wahlberechtigte. Demnach sollte der kleinste Wahlkreis ungefähr 100.000 Wahlberechtigte umfassen, d. h. man muß entgegen dem Vorschlag des Innenministeriums nicht nur jeweils zwei Kreise, sondern unter Umständen drei und vier Kreise zu einem Wahlkreis zusammenfassen. Das Niveau des Parlamentes kann hierdurch nur gehoben werden.

Alle vier in Württemberg-Baden zugelassenen Parteien und die große Mehrheit des Landes sind sich einig, daß eine unnötige Aufspaltung in zahlreiche Parteien und Gruppen das Gedeihen der neu zu errichtenden Demokratie in Frage stellt. Aber wie soll die Aufspaltung verhindert werden? Die Zersplitterung in 32 Parteien im Jahre 1932 kennzeichnet nur die damalige Lage. Das deutsche Volk befand sich in einer zweifachen politischen und wirtschaftlichen Krise, und die Macht war in den Händen des Großkapitals. Die Weimarer Demokratie zerfiel und ihre ehemaligen Träger spalteten sich in unzählige Parteigruppen auf, wie immer bei ähnlichen Verfallserscheinungen. Ständen wir damals am Ende, so stehen wir heute am Anfang einer Demokratie. Der Wille zum Aufbau und zur Erreichung geordneter Lebensverhältnisse hat wohl jeden Deutschen mehr oder weniger erfaßt. Angesichts unserer ungläubigen Notlage und des Willens, ihr lebend zu entrinnen, herrschen heute und in absehbarer Zeit die Tendenzen zum Zusammenschluß und zur Einheit ganz natürlich vor. Der unlegare Wille breiter Arbeiterrmassen zur Vereinigung in einer einzigen sozialistischen Partei sind deutliche Zeichen der Situation.

Wenn also die Zeichen auf Zusammenschluß stehen, sind dann überhaupt noch undemokratische Zwangsmaßnahmen zur Erreichung dieses Zieles notwendig? Durch solche Maßnahmen kann höchstens die ganz natürliche Entwicklung zum Zusammenschluß der Kräfte, zur Herausbildung großer Parteien verschleiert werden. Warum will man angesichts dieser Tatsachen den Aufbauwillen der Kreise, die nun mal nicht 10 Prozent aller Wählerstimmen auf sich vereinigen werden nicht als berechtigt anerkennen? Die Zersplitterung in Parteien wird durch solche Vorschriften nicht verhindert. Das hierin begründete Mißtrauen gegenüber der jungen deutschen Demokratie kann dieselbe nur schädigen. Es ist selbstverständlich, daß nicht irgend einem Interessentenhaufen das Aufstellen einer Kandidatenliste ermöglicht werden darf. Dieses Recht dürfte nur zugelassenen nazigeren Parteien zugestanden werden. Also fort mit unzeitgemäßen künstlichen Zwangsmaßnahmen. Nicht billiger Ersatz, sondern wirklicher Kampf der demokratischen Parteien um die Demokratie.

Wir bejahen die Aufstellung einer Landesliste durchaus und wünschen ihr Gewicht noch zu erhöhen. Auf ihr sollen Kandidaten aufgestellt werden, die die Parteien unbedingt ins Parlament bringen wollen. Um ein Parlament zu erhalten, sollte es den Parteien überlassen sein, nach eigenem Ermessen die Kandidaten der Landesliste den Kandidaten der Kreislisten vorzuziehen, wenn diese die notwendige Wahl nicht erreicht haben.

Richard Stark, Ing.,
Mitglied des Vorparlamentes.

Zur Ernährungsfrage / Von Fr. Heurich Staatsrat a. D.

„Demokratie, Menschlichkeit und Menschendienst“, das waren die Leitsterne, unter denen Hoover, der ehem. Präsident der Vereinigten Staaten nach dem 1. Weltkrieg, seine großartige Aktion im Dienste der Nächstenliebe durchführte.

Es ist anerkennenswert, wenn der gleiche Mann, heute 71 Jahre alt, sich wieder in den Dienst der Menschlichkeit stellt und den Ruf von Präsident Truman annahm, die überflüssigen Lebensmittel Amerikas zu sammeln, und für die hungernde Welt zur Verteilung zu bringen.

Die Kürzung der Brotration, die nach Zeitungsmeldungen durch Ausgabe von Hülsefrüchten ausgedehnt werden sollte, würde bei ungenügendem Ausgleich schon für die Normalverbraucher sehr fühlbar in ihrer Auswirkung ungenügend wirken. Das kann daraus ersehen werden, daß die heute noch verfügbaren Arbeitskräfte überwiegend in unzureichendem Gesundheitszustand sich befinden.

Die in schwerer körperlicher Arbeit

eingesetzten Werktätigen sollten zur Erhaltung ihrer Leistungen die ungehinderte Lebensmittellieferung weiter erhalten. Wenn wir z. B. von den Bauarbeitern die so notwendigen Hülsefrüchte beim Wiederaufbau fordern, können diese die jetzt schon nicht ausreichenden Mengen nicht noch weiter bekommen. Sie müssen als Schwerearbeiter ihre besondere Berücksichtigung erfahren. Ihnen und allen den anderen Arbeitern, die im schweren und schwersten Einsatz sind, sind wir eine Ausnahme schuldig.

Wir hoffen, daß uns die Wohltätigkeitsorganisation Amerikas bald die nötige Hilfe bringen kann. Jeder von uns muß aber auch durch fleißige Mitarbeit dazu beitragen, daß unsere deutsche Landwirtschaft mit der neuen Ernte die notwendige Entlastung bringt.

Mit unserem Fleiß und einer gründlichen Bestellung aller Schrebergärten wollen wir alles tun, die Ernährungsgüter günstig zu beeinflussen. Möge Gott uns den Segen zu einer guten Ernte schenken.

Badische Umschau

Bürgermeisterwahlen im Landkreis Karlsruhe am 27. März 1946

Bei Redaktionsschluss lagen bei insgesamt 58 Gemeinden die Ergebnisse von 49 Gemeinden der am Mittwoch vorgenommenen Bürgermeisterwahlen vor:

25	Danach wurden gewählt:
in 25 Gemeinden CDU-Vertreter,	
" 9 " SPD,	
" 2 " dem.,	
" 6 " parteilose Vertreter,	
" 7 " verließ die Wahl ergebnislos.	

In den einzelnen Gemeinden wurde wie folgt gewählt:

- Auerbach: Adolf Beutelspacher (CDU)
- Blankenloch: Friedr. Gottf. Haisch (CDU)
- Bretten: Edmund Ost (CDU)
- Bruchhausen: Otto Brandel (CDU)
- Burbach: Alois Aximann (CDU)
- Busenbach: Hermann Weber (CDU)
- Dielsheim: Emil Held (CDU)
- Eggelstein: Julius Greichmann (SPD)
- Hillingen: Theophil Kaufmann (CDU)
- Schillingen: Emil Koch (parteilos)
- Strenn: August Anderer (CDU)
- Friedrichstal: Max Borer (CDU)
- Gölshausen: Karl Meag (SPD)
- Grahen: Heinrich Ebel (SPD)
- Grötzingen: Gustav Stegitz (SPD)
- Grünwettersbach: Wilhelm Ostermeier (Dem.)
- Schillingen: Hermann Goos (SPD)
- Langensteinbach: Albert Dambacher (CDU)
- Leopoldsdorf: Gustav Heitz (parteilos)
- Liedolsheim: Ludwig Geiss (parteilos)
- Linkenheim: Gustav Günther (CDU)
- Malsch: Franz Kastner (CDU)
- Mörsch: Bernhard Rihm (CDU)
- Neuenst: Hermann Gier (CDU)
- Oberweiler: Otto Günther (CDU)
- Pfeffern: Otto Sacher (parteilos)
- Reichenbach: Ambros Bauer (CDU)
- Ricklingen: Martin Fässer (CDU)
- Rühlheim: Ludwig Zwickler (CDU)
- Schillingen: Johann Reichert (parteilos)
- Schillingen: Valentin Kunt (Dem.)
- Schluttenbach: Karl Biedt (SPD)
- Speersart: Wendelin Weber (CDU)
- Spielberg: Friedrich Mäler (CDU)
- Sprental: Heinrich Wächter (CDU)
- Staufort: Andreas Meier (SPD)
- Stupferich: Theodor Kitz (CDU)
- Sulzbach: Ignaz Gingeleser (CDU)
- Valkersbach: Johann Wipfler (CDU)
- Walgenaten: Heinrich Laubacher (parteilos)
- Wolfsartweiler: Robert Hubert (SPD)

In folgenden Gemeinden verlief die Wahl ergebnislos:
Dürenbüchig, Forchheim, Kleinsteintbach, Neuenburger, Söllingen, Wöschbach, Wörsingen.

Bürgermeisterwahl in Ettlingen

Am Mittwochabend fand im Rathaus in würdiger Form die Wahl des Bürgermeisters statt. Als Kandidaten waren vorgeschlagen worden: Kaufmann (CDU) und Gluck (SPD). Nachdem die kürzlich gewählten neuen Gemeinderäte ihre Stimmzettel abgegeben hatten, konnte wenig später der bisherige stellvertretende Bürgermeister Gluck das Ergebnis der Wahl bekanntgeben: Wie allgemein erwartet, war Stadtrat Kaufmann, der Vorsitzende der CDU in Ettlingen, mit 7:3 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, zum Bürgermeister gewählt worden. Die Frage, ob er bereit sei, das Amt des Bürgermeisters anzunehmen, beantwortete er zustimmend. Daraufhin wünschte Herr Gluck in einer kurzen Ansprache dem neuen Bürgermeister von Ettlingen Glück und Erfolg für seine schwere Aufgabe. Im Anschluß daran übermittelte die Stadträte Benz (CDU) und Lichtenberger (SPD) die Glückwünsche ihrer Partei. Mit bewegten Worten dankte Bürgermeister Kaufmann am Schluß der kurzen, aber bedeutungsvollen Wahlhandlung allen Stadträten für das ihm ausgesprochene Vertrauen und versprach als „Vater der Stadt“ jederzeit unparteiisch und gerecht für das Wohl der Bevölkerung einzutreten.

Gemeinderats-Nachwahlen im Frankenland

Im Amtbezirk Tauberbischofsheim fanden am 24. März 1946 einige Gemeinderats-Nachwahlen statt, zum Teil deshalb, weil bei der Wahl am 27. Januar 1946 keine Wahlvorschläge eingereicht war. Sie hatten folgendes Ergebnis:

In Assmannstadt wurde eine Liste der CDU eingereicht, die gewählt gelten demnach Gemeinderäte. Das gleiche gilt für Kreuzbach und Zimmern; Ergebnis je 4 Gemeinderäte der CDU. In Brunntal, Epplingen und Wölchingen wurden unabhängige bzw. parteilose Listen von der Miltärregierung zugelassen. Andere Wahlvorschläge waren nicht eingereicht; Ergebnis jeweils 4 Gemeinderäte nach der Vorschlagsliste. In Schwabhausen die Wahl für ungenügend erklärt worden. Es fand eine Nachwahl statt. Am Ergebnis gegenüber der ersten Wahl ändert sich nichts. Die CDU erhält nach wie vor 3, die SPD 1 Sitz. Die Wahlheiligung stieg aber von 84 Prozent auf rund 95 Prozent.

Beurkundungsstellen der Patentämter

Frankfurt, 24. März. (Dana) Nach einer Mitteilung der Frankfurter Zweigstelle der Patentabteilung, wurde die letzte offizielle Hinterlegungsstelle des Reichspatentamtes in der amerikanischen Zone geschlossen. Zur Zeit befinden sich Beurkundungsstellen der Patentämter nur noch bei den Landesgewerämtern Karlsruhe und Stuttgart. Eine besondere Annahmestelle zur Hinterlegung von Patenten aus allen Zonen ist beim Amtsgericht Braunschweig eingerichtet worden. Diese Stelle übernimmt die Verpflichtung, die bei hinterlegten Anmeldungen bei Wiedereöffnung der Reichspatentamtes weiterzuleiten.

Der Rundfunk in der französischen Zone

Der Rundfunk in der französischen Besatzungszone wird am 31. März der „Südwestfunk“ mit seinen Sendungen beginnen. Er verfügt zunächst über den Sender Kolben (291 m) 4 K.W. den Sender Freiburg (237 m) 10 K.W. und den Kurwellensender Baden-Baden (47,66 m). Der größte Teil seines Programms wird gleichzeitig von Radio Saarbrücken (222,50 m) übertragen werden.

Der „Südwestfunk“ will über die allgemeine Aufgabe des Rundfunks hinaus vor allem ein getreues Spiegelbild des künstlerischen und geistigen Lebens der französischen Zone vermitteln. Die gemeinsamen Programme werden von Baden-Baden und teilweise von den verschiedenen, bereits arbeitenden oder im Aufbau befindlichen Studios gesendet werden. Die künstlerische Leitung des „Südwestfunks“ liegt in den Händen von Intendant Friedrich Bischoff, der vor dem Hitler-Regime den Sender Breslau leitete. Die kaufmännische Leitung hat Herr Schneider-Hassel. Die musikalische Oberleitung wurde Dr. Heinrich Strobel, dem ehemaligen Musik-Kritiker des „Berliner Tagblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“, übertragen. Dem Sinfonie-Orchester Baden-Baden haben sich zahlreiche Musiker von Ruf angeschlossen, so daß auf dieser Grundlage das große Orchester des „Südwestfunks“ unter Leitung des Generalmusikdirektors G. E. Lessing und des Kapellmeisters Gustav Görslich gebildet werden konnte. Die Hörspielüberleitung betreut Oberinspektor Christian Böhm. Das Rundfunknetz in der französischen Zone befindet sich in weiterer Ausbau. Graben. (Jubiläum.) In voller körperlicher und geistiger Frische feiert Frau Karoline S. B. (Alt-Schwannertal) am 31. März 1946 ihren 85. Geburtstag.

KUNST UND WISSENSCHAFT

Inszenierung im Mannheimer Nationaltheater

Romain Rolland: Ein Spiel von Tod und Liebe

Wenig glaubhaft. Dabei ist es nicht ganz begrifflich, warum Schmezer und Verzeiwung grundsätzlich nur gegen die Wand gesprochen werden müssen. Die gegen die Mitte des Stückes wirkende Auflockerung schuf endlich die Auge und Ohr umfangende Stimmung. Jetzt standen Menschen aus Fleisch und Blut vor uns.

Bis zum Erscheinen Robert Kleiners (Jérôme von Courvoisier) wird Theater gespielt. Dann war „das Leben“ auf der Bühne. Eine ganz große Leistung. Karl Marx als Carnot und Ernst Langhein als Crapart haben die kurzen Rollen, soweit dies möglich, voll ausgeschöpft. Das Verabscheuenswürdigste der häßlichen Kreatur Crapart war besonders gut getroffen. Hanna Meyer hatte als Sophie von Courvoisier die schwierigste Aufgabe, die sie nicht voll meistern konnte. Die Impulsivität Vallées, den Joachim Timmermann gab, läßt sich mit Vorbehalten aus der äußersten Verdichtung der hochgespannten Atmosphäre begreifen.

Heinz Daniel hat gezeigt, daß man selbst unter schwersten Bedingungen ein die Stimmung einigermaßen einfaches Bild schaffen kann. Für die Regie zeichnete Roland Riklinger.

Ein tief beeindrucktes Publikum erstattete seinen Dank. Boe.

„Haltungsslyrik“

Das hat es gegeben, und es ist eine Spielart der „Weltanschauungsslyrik“, die ja ihrerseits schon Greuels genug ist. Genaue: Diese „Haltungsslyrik“ sollte nach der Auffassung u.k. gestellter Blutschmücke, die Staatspoesie des herpisch untergehenden Dritten Reiches repräsentieren, wenn auch das mit dem Untergang möglichst verheimlicht wurde.

Eine flüchtige Begriffsanalyse sähe ungefähr so aus: Die Grundfigur der hier in Frage kommenden „Haltung“ ist natürlich die Hand an der Hosennaht, wenn der Vorgesetzte erscheint. Der Vorgesetzte des Dichters war in den letzten zwölf Jahren der politische Propagandist, vom Zellenleiter aufwärts bis zu ihm höchstpersönlich. Es sind lyrische Sammelbände überliefert, in

denen ganze Freiwilligenkompanien von Pöbeln ganze Seiten lang strammstehen, und darunter eben leider auch solche, die sich besser gerührt hätten. Allerdings war der „Anschuß“, den man bei ostentativ schlapper Haltung zu gewärtigen hatte, unter Umständen tödlich. Aber sie waren ja aus eigenem Entschluß angetreten, diese Kulturkammerherren des Usurpators, und es war ihnen natürlich auch nicht verborgen geblieben, daß besonders stramme Haltung höchst reale Belobigungen eintrug, von der Fahrerlaubnis I. Klasse nach überallhin bis zu einem Erbhof mit garantierter Befreiung vom Ablieferungszwang.

Jetzt freilich, da alles vorüber ist, zeigt es sich, daß damals mancher in seinem unbezähmbaren Haltungsbedürfnis einen Fragebogen überspannt hat. So ein Draufgänger hat wohl die Hakenknall, daß der ganze Parnas davon droht; aber inkonsequent, wie der Mensch eben ist, wundert er sich nun, daß man ihn bittet, sich und uns eine Zeitlang Ruhe zu gönnen, bis der Staub, den er aufgewirbelt, sich wieder eintgermaßen gelegt hat.

Im übrigen, wie harmlos und ungefährlich war doch früher einmal das Gedächtnis des Poeten! Wenn es schlimm kam, dann wurde man — ausgelacht.

Nun, ausgelacht kann man doch hoffentlich auch heute noch werden, eine Möglichkeit, deren ich allerdings nicht ganz sicher bin. Dazu ist zu sagen, daß es ein nationales Unglück wäre, wenn mit der Chauce des Gekilltwerdens auch die der beglaubigten passiven Komik abgeschrieben würde.

(Nachdruck verboten)

E. M. Reifferscheidt.

Lieder- und Arienabend

Fritz Harlan

(Konzertdirektion Heinz Hoffmeister)

Wieder einmal ein Abend von hohem künstlerischen Niveau, den uns der Bariton Fritz Harlan schenkte. Der strahlende Glanz seiner Stimme erinnert teils an Schmitt-Walter, teils an Schumann. Beglückend wirkt die tief verinnerlichte Art seines Vortrags, die fern aller billigen Effekthascherei jedes Lied zu einem plastischen Klanggemälde werden läßt. Nach kultiviertem Vortrag bekannter Lieder von Schubert, Schumann, Pfiffner und Strauß schuf Harlan einen Höhepunkt mit den „Gefangenen“ und der „Steppe“ von Gretschanow. Man sieht visionär die Gefangenen mit schweren Ketten gefesselt sich durch flimmernde Hitze schleppen, oder die trostlose Leere der Steppe zwingt uns in ihren Bann, untermalt mit der nur dem Russen eigenen Schwermut in der Melodie. Mit Arien aus Weinbergers „Schwanda, der Dudelsackpfeifer“ und Verdis „Maskenball“ zeigte Harlan, daß er auch ein brillanter Opernsänger ist.

In Walter Born hatte der Sänger nicht nur einen „feinsinnigen, dezenten Begleiter“, sondern einen Mitgestalter im schönsten Sinne. Ein Genuß, diesen sympathischen Künstler am Flügel zu hören. Er unterstützte den Sänger in der technisch und seelisch vollkommenen Weise, die nur dem großen Musiker eigen ist.

Ein begeistertest Publikum gab sich erst nach drei Zugaben Harlans zufrieden. Ng.

Radio-Programm

vom 31. März bis einschl. 2. April

Samstag, 31. März: 10-10.30 Frei-evangelische Gemeinde, 10.30 Kammermusik, 11 Gottesdienst katholisch, 11.30 Fragen, die alle angehen, 12 Nachrichten, 12.15 Was hört man heute, 12.30 Musik zur Mittagsstunde 13 Aus Kunst und Wissenschaft, 13.15 Die Stimme Amerikas, 13.30 Suchdienst Frankfurt, 14 Stimme der Freiheit in der Mpkal, 14.30 Aus neuem Geist, 14.45 Aus der Sportwelt, 15 Musik zur Kaffeestunde, 16 Aus der schwäbischen Heimat, 16.30 Bruckner-Chor, 17 Radio Stuttgart Schauspielensemble „Der Bauer als Millionär“ von Ferdinand Raimund, 18.30 Musik bei Dämmerung, 19 Gedichte in Tönen, 19.30 Echo des Tages, 20 Nachrichten aus Frankfurt, 20.15 Operettencocktail, 21 Stimme Stuttgart Symphonieorchester, 22 Die Stimme Amerikas, 22.15 Pressestimmen, 22.30 Tanzmusik von Lutz Templin, 23-23.15 Nachrichten aus Frankfurt.

Montag, 1. April: 10-10.30 Schulfunk: Zeitgeschichte, 10.30 Was hört man heute, 10.45 Märchenstunde, 11 Bunte Melodien, 11.45 Haus und Heim, 12 Musik zur Mittagsstunde, 12.30 Kommentar aus Nürnberg, 12.45 am Flügel: Lydia Bechtold, 13 Nachrichten, 13.15 Die Stimme Amerikas, 13.30 Suchdienst Frankfurt, 14-14.30 Schulfunk: Zeitgeschichte, 17.30 bis 17.45 Einladung zur Musik, 17.45 Polnische Programm, 18 Kurznachrichten, 18.05 Anschlagskule, 18.30 Musik bei Dämmerung, 19 Sport von Sonntag, 19.15 Musik im Dreiviertelakt, 19.30 Echo des Tages, 20 Nachrichten aus Frankfurt, 20.15 Schlägercocktail, 20.45 Nürnberger Prosa, 21 Neue Wege in der Tonkunst, 22 Die Stimme Amerikas, 22.15 Blick in die Welt, 22.30 Tanzquartett, 23-23.15 Nachrichten aus Frankfurt.

Dienstag, 2. April: 11-11.30 Was hört man heute, 11.30 Bunte Melodien, 11.45 Lud-funk, 12 Musik zur Mittagsstunde, 12.30 Kommentar aus Nürnberg, 12.45 Tanzquartett, 13 Nachrichten, 13.15 Die Stimme Amerikas, 13.30 Suchdienst Frankfurt, 14-14.30 Kleines Konzert, 17.30-17.45 Einladung zur Musik, 17.45 Suchdienst Württemberg-Baden, 18 Kurznachrichten, 18.35 Anschlagskule, 18.30 Musik bei Dämmerung, 19 Tanzmusik, 19.30 Echo des Tages, 20 Nachrichten aus Frankfurt, 20.15 Schlägercocktail, 20.45 Nürnberger Prosa, 21 Opernklänge, 22 Die Stimme Amerikas, 22.15 Was alle interessiert, 22.30 Tanzmusik von Lutz Templin, 23-23.15 Nachrichten aus Frankfurt. (DANA)

Kulturnotizen

DANA berichtet:

Aschaffenburg sucht Theaterintendanten. Die Gesellschaft der Theater- und Musikfreunde a.V. Aschaffenburg, die von der Militärregierung zur Förderung des kulturellen Lebens der Stadt gegründet wurde, sucht einen Theaterintendanten. Geeignete Bewerber für den Posten eines Intendanten werden gebeten, sich an die Gesellschaft der Theater- und Musikfreunde in Aschaffenburg zu wenden.

Berlin. In einem Vorseminar und drei Hauptseminaren sollen Arbeiterstudenten in Sachen nach den Anweisungen der Landesverwaltung in Zukunft für das Hochschulstudium vorbereitet werden. Die Kursstellnehmer werden im allgemeinen im Produktionsprozeß der Betriebe verbleiben. Die Arbeitszeit soll jedoch 30 Wochenstunden nicht überschreiten. Nach erfolgreichem Abschluß des 16wöchigen Vorseminars werden die Arbeiterstudenten bereits als Gasthörer an einer Hochschule eingeschrieben.

Das Arbeiterstudium soll jedoch nicht auf die reine Fachausbildung beschränkt werden, sondern den Arbeiterstudenten nach Möglichkeit eine bessere Allgemeinbildung vermittelt werden.

Der Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H. in Berlin-Charlottenburg, die älteste deutsche Buchgemeinschaft, erhielt von der britischen Militärregierung die

Kunstmaler ohne Arme

In den letzten Monaten des Krieges verlor der Frankfurter Zeichner und Graphiker Carl Fischer seine beiden Arme. Schon vier Wochen nach der Amputation — die Wunden waren noch nicht verheilt — machte er auf dem Krankenbett die ersten Versuche, mit dem Mund den Pinsel zu führen. Das Ergebnis fiel so gut aus, daß seine Arbeitsfreudigkeit keine Einbuße erlitt.

Heute ist Fischer schon wieder eifrig tätig, er sagt mit Recht, daß der Maler mehr mit dem Kopf als mit den Händen arbeitet.

„Unser Bild zeigt den Maler an seinem Arbeitsplatz. Auf einem kleinen Gestell neben ihm sind die Pinsel, Bleistifte und Federhalter „mundgerecht“ sortiert.“ (DANA)



Der Künstler bei seiner Tätigkeit (DANA-Bild)

Es nannte sich „Olympia-Revue“

Bei der Vielzahl von Konzertdirektionen, Varietégenturen, die heute wie Fülle aus der Erde schießen, kann es nicht passieren, daß man zuweilen eine fast trostlose Enttäuschung erlebt. Wenn man aber das Staatstheater seine Bühne 3 Tage einer Revue zur Verfügung stellen muß, dann wäre etwas besonderes zu erwarten gewesen. Also wir kamen, sahen und — waren (beinahe) ziemlich trüb wieder von dannen gegangen, wenn aus nicht die Neugierde gepackt hätte, zu welchen Höhepunkten diese „Olympiade“ der Geschmackslosigkeit noch führen würde!

Allein „Revue“ scheint dem Veranstalter ein unklarer Begriff zu sein, — oder wird hier eine neue Art Revue geboren? Man kann ja nie wissen! Man nehme also eine Schar gutgewachsener Mädchen, einen Mann, der durch viel Schminke im Gesicht einen Komiker sehr dünne, eigenen Produkten, — schade um die guten, allerdings gestohlenen Bonmots! Die Comedian-Harmonist wären sicher nie aufgetreten, wenn sie gewußt hätten, daß sie einmal so imitiert würden, wie von den Chesterfields! Warum weiß man immer im voraus, was diese meist weißbefrakten Herren singen werden? Oder kennt hier jemand nicht den Toni und die Vroni, die den bekannten Kuddelmuddel inszenieren? Wenn man so gut singen würde

Berechnung (Preise bis zu 10 RM) wird dem Publikum eine solche und jedes Geistes entbehrende Revue, die keine ist, vorgesetzt! Es würde uns interessieren, was zu einem solchen Falle die Gewerkschaft der Bühnen-Angehörigen sagt.

Zum Varieté gehören nette pikante Sachen, die bei allem Raffinement kultiviert wirken müssen. Bei unserer olympischen Revue wurde die Pikanterie zur plumpen Farce, ein schlechtes Plagiat einer Duisberg-Inszenierung. Die persönlich charmante Schlagersängerin war entweder „indisponiert“ oder sie wollte den amerikanischen Song auf eigenwillige Art parodieren, irgend etwas stimmte jedenfalls nicht. Der Vortrag des Komikers war ein Konglomerat verschiedenartiger Witze von Carl Napp, Popp und anderen „Großen“, gemischt mit sehr dünnen, eigenen Produkten, — schade um die guten, allerdings gestohlenen Bonmots! Die Comedian-Harmonist wären sicher nie aufgetreten, wenn sie gewußt hätten, daß sie einmal so imitiert würden, wie von den Chesterfields! Warum weiß man immer im voraus, was diese meist weißbefrakten Herren singen werden? Oder kennt hier jemand nicht den Toni und die Vroni, die den bekannten Kuddelmuddel inszenieren? Wenn man so gut singen würde

Da capo?

Von Wilhelm Beisel

Neunzig Meter mißt der Pöllat-Fall... Ich bin im Märchenschloß aus weißem Marmor: Neuschwanstein. Das heißt, ich habe es schließlich geschafft, hineinzugelangen.

Man schreibt 1922. In München. Pinakothek und Hofbräu; Dinge, die länger aufhalten.

Schließlich findet sich ein Hotel; traumschwer lastet der Schlaf.

Es war nicht leicht, mich wach zu bekommen.

Und bayerische Fäuste hatten so ziemlich die Türfüllung ramponiert, ehe ich in der Frühe um vier Uhr um den Schlaf kam.

„Ihren Paß, bitte!“ — „Ja —, Ihren Reisepaß!“ — „Sie sind in Bayern, und da brauchen Sie einen Fremdenpaß!“

Ich stand da, in kurzem Wanderhemde, und übte mich in Geduld, den beiden Gendarmen in meiner deutschen (sogar süddeutschen) Muttersprache zu sagen, daß ich nur einen Personalausweise bei mir führe...

„Sie sind ein Reichsdeutscher, kein Bayer, Sie haben in 24 Stunden München und Bayern zu verlassen...“

Schon Abend. Der Bürgermeister

„Was tun Sie hier in Bayern, wenn Sie keinen Paß und kein Geld haben?“ — „Wenn Sie ein Bayer oder ein Ausländer...“

Schließlich kam ich im „Bachfranz“ unter. (Habe dort zum Ausgleich der Gerechtigkeit das Fingerschnackeln gelernt, um das mich meine Freunde in allen vier Zonen beneiden.)

Eine Fremdenpolizei kam außerdem nicht hoch auf den Berg. Somit schlief ich also gut und ohne Heimsuchung auf der blanken Wirtsbank...

allerdings weniger kompetent, sie ist weder bayerisch noch blauweiß.

Am Kaufkraftüberhang leiden wir vorerst noch alle; dieserhalb habe ich nichts zu befürchten.

Ob ich mir aber neben Familienbuch, Kennkarte usw. nicht einen Fremdenpaß beschaffe?

Wir haben in Baden-Württemberg vorerst noch kein bayerisches Konsulat. Ich möchte doch nicht „ohne“ fahren!

DANA berichtet:

Wiesbaden. Folgende Mitglieder des Lehrkörpers der Frankfurter Universität wurden neben zahlreichen Dozenten entlassen:

aus der naturwissenschaftlichen Fakultät: Prof. Dr. Giersberg, Prof. Dr. Wagner-Jarargg, Prof. Dr. Czerny, Prof. Dr. Aumann, Prof. Dr. Daenzler, Prof. em. Dr. Zur Straßen;

aus der medizinischen Fakultät: Prof. Dr. Artelt, Prof. Dr. Scheer, Prof. Dr. Wetzer, Prof. Dr. Ritter v. Stockest, Prof. Dr. Günzels, Prof. Dr. Wiethold;

aus der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät: Prof. Dr. Kalveram, Prof. Dr. Henzler, Prof. Dr. Theisinger, Prof. em. Dr. Fritz Schmidt;

aus der rechtswissenschaftlichen Fakultät: Prof. Dr. Glösel;

aus der philosophischen Fakultät: Dozent Dr. Fehr v. Richthofen, Prof. Dr. Ostf. Dozent Dr. Mergel, Prof. Dr. Wentzke, Prof. em. Dr. A. E. Brackmann.

Der Künstler bei seiner Tätigkeit

Schon Abend. Der Bürgermeister tobt.

„Was tun Sie hier in Bayern, wenn Sie keinen Paß und kein Geld haben?“ — „Wenn Sie ein Bayer oder ein Ausländer...“

Schließlich kam ich im „Bachfranz“ unter. (Habe dort zum Ausgleich der Gerechtigkeit das Fingerschnackeln gelernt, um das mich meine Freunde in allen vier Zonen beneiden.)

Eine Fremdenpolizei kam außerdem nicht hoch auf den Berg. Somit schlief ich also gut und ohne Heimsuchung auf der blanken Wirtsbank...

Wir schreiben 1946. Links, rechts. Mitte und ganz rechts: blauweiße Wahlplakate.

Ich könnte mir denken, daß auch der obligate demokratische Hundezuchterverein in Blauweiß macht. Die Bierdackel werden ohne Hinderungsgrund ihrer königlich-bayerische Form wahren und auch in der Demokratie folgen sein — oder nicht?

Nächstens werde ich wieder nach Bayern fahren. Als Presseemann.

Von Fremdenpässen in Bayern hat die „Neue Zeitung“ aus München noch nichts vermeldet. Diese Zeitung ist

Nürnberger Prozeß

Für Hitler war Diplomatie Völkerbetrug

Fortsetzung von Seite 1

München habe Neurath nur ungenannt... Ehrengruppenführer der SS sei er nur gewesen...

Dr. Seidl, der Verteidiger von Heß, verlas in der Dienstag-Sitzung des Nürnberger Prozesses einen Fragebogen von Alfred Heß...

Dr. Martin Hogn, der Verteidiger des früheren Außenministers Joachim von Ribbentrop, behauptete, „bis 1932 hat der Angeklagte von Ribbentrop keinerlei Partei angehört...“

Als erstes Dokument verlas er das Memorandum der deutschen Regierung an Frankreich vom 7. März 1936...

„Verträge kindisch“ „Es gab praktisch keine Dienststelle der Partei, die nicht Beziehung zum Ausland hatte“, erklärte Baron Adolf v. Steengracht...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943...

Rahmen der anderen Nazis, wie man das schlechthin sagt, einfügen.“ Nachdem der Zeuge erklärte, was er unter einem typischen Nazi verstehe...

„Und wie ist es mit Streichert?“ „Amen: „Aber Sie halten ihn auch für einen typischen Nazi!“

Der Diplomat „der schwachen Linie“ Zu Beginn der Mittwoch-Vormittag-Sitzung behauptete der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Steengracht...

Darufolgt befragte der Verteidiger Papen, Dr. Kuhnshok, den Zeugen über die angebliche Freundschaft seines Klienten, Steengracht behauptete, daß Papen stets mit allen Mitteln versucht

hatte, den Frieden aufrecht zu erhalten und daß er den Ausbruch des Weltkrieges als Unglück für Deutschland und für die Welt angesehen habe.

Als besten Beweis für die Unstimmigkeiten zwischen Papen und Hitler bezeichnete der Zeuge die Tatsache, daß Papen von seinem Posten als Vizekanzler zurücktreten mußte und sich immer mehr aus dem politischen Leben zurückzog.

Der Beantwortung der Frage über den berüchtigten „Nacht- und Nebelerlaß“ durch den die Ermordung alliierter Kriegsgefangener durch Genickschüsse angeordnet wurde, versucht der Zeuge auszuweichen.

Die ersten Gaskammern, die auf Himmels Befehl für alle Arbeitsunfähigen eingerichtet wurden, waren noch sehr primitiv und bestanden aus ungebauten Bauernhöfen...

Die Auswahl der Opfer ging, wie Hoess in seinem Geständnis erklärte, folgendermaßen vor sich: Transporte kamen ständig an, erst aus Warschau, Budapest und anderen Städten des Ostens...

Neben Juden wurden auch Zigeuner vernichtet, die als „soziale“ Menschen seien und in die deutschen Wirtschaftsmassnahmen nicht miteinbezogen werden konnten.

Als das Verwaltungshauptamt am 21. April 1945 nach Flensburg „verlagert“ wurde, versuchte Hoess, auf dem Lande unterzutun. Die Nachforschungen führten dann am 8. März d. J. zu seiner Verhaftung auf einem Bauernhof in der Flensburger Gegend...

Der Angeklagte verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

Der Angeklagte verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

Das war ihre Volksgemeinschaft!

Prozesse in Berlin, Aurich, Flensburg und Dachau - Arzt als Ankläger in Hamburg

KZ Mauthausen

Prozessbeginn am 29. März

Dachau, 28. März. (DANA) Der Prozeß gegen 60 ehemalige Angehörige der Lagerverwaltung des berühmten Konzentrationslagers Mauthausen beginnt am 29. März in Dachau.

Der Hauptankläger, Oberstleutnant William S. Denon, verlas in einer Vorverhandlung die Anklageschrift. Die Anklage wird erhoben wegen „Verletzung der geschriebenen und ungeschriebenen Kriegsgesetze“.

Die Auswahl der Opfer ging, wie Hoess in seinem Geständnis erklärte, folgendermaßen vor sich: Transporte kamen ständig an, erst aus Warschau, Budapest und anderen Städten des Ostens...

Neben Juden wurden auch Zigeuner vernichtet, die als „soziale“ Menschen seien und in die deutschen Wirtschaftsmassnahmen nicht miteinbezogen werden konnten.

Als das Verwaltungshauptamt am 21. April 1945 nach Flensburg „verlagert“ wurde, versuchte Hoess, auf dem Lande unterzutun. Die Nachforschungen führten dann am 8. März d. J. zu seiner Verhaftung auf einem Bauernhof in der Flensburger Gegend...

Der Angeklagte verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

Der Angeklagte verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

Der Angeklagte verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

„Wer ist typischer Nazi?“ Oberst Philmore verlas eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 12. Oktober 1943, die das Auswärtige Amt zu die deutsche Gesamtschaft in Bukarest geschickt hatte.

Der Mordprozeß in Aurich

Aurich, 28. März. (DPD) In dem Kriegsverbrecherprozeß Jung-Schumacher vor dem Kriegsverbrechergericht des Royal Canadian Air Force in Aurich verurteilte der Angeklagte Wilhelm Jung, ehemals Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Ober-Weyher, vier verdächtige Zeuge gehört zu werden, wodurch er dem Kreuzverhör entging. Er gab statt dessen eine Erklärung ab, die in ihren wesentlichen Punkten Widerspruch zu den Zeugenaussagen steht. Jung erklärte zunächst, daß der Kreisleiter von Rastatt, Tiefenbach, ihm den Befehl gegeben habe, das Gefangenlager zu töten.

Als ich dem Kreisleiter telefonisch richtete, schrie er mich an: Was, er sagte, er würde es schon machen. Ich schrie: Sie müssen alle erschlagen oder erschossen werden. Kamen Sie meinen Befehl nicht? Der Kreisleiter gab mir dann den Befehl, den Gefangenen zu erschlagen oder zu erschießen. Auf alle Fälle will ich ihn, wenn er schließlich nicht mehr sehen, wenn er kommt.

Als Schumacher kam, teilte ich ihm den Befehl des Kreisleiters mit. Ich sagte, daß ich mich nicht entschließen könne, den Befehl zu erfüllen. Er sagte, er würde mich erschießen lassen. Es wäre mir lieber, wenn er den Flieger so bald wie möglich nach Rastatt nehmen würde. Schumacher sagte, er würde es schon machen. Eine Stunde später hörte ich, daß der Flieger erschossen sei. Der Angeklagte Jung schickte seine Erklärung mit den Worten: „Ich kann nur sagen, daß ich den Flieger nicht erschossen habe. Ich hatte auch keinen Fuß auf den Wachmann, da er Soldat und ich Zivilbeamter war. Ich konnte ihm wohl einen Rat, aber nicht einen Befehl geben. Ich kann nur erklären, daß dem Flieger nichts geschahen wäre, wenn nicht der Befehl des Kreisleiters vorgelegen hätte.“

Das Gericht beschloß eine Verurteilung bis zum 1. April. Darüber hinaus stellte das Gericht den deutschen Anwälten für die Einarbeitung in die Auslegung der kanadischen Gesetze und Formeln die Hilfe kanadischer Rechtsbeamter in Aussicht.

Keine Lebensmittelbeschlagnahme durch Besatzungstruppen

Atlantic City, 28. März. (DANA) Das Planungskomitee der UNRRA bestätigte am Dienstag mit 25 zu 0 Stimmen die Erklärung der amerikanischen Regierung, die den Anspruch der Roten Armee auf Ackerland, Heizmaterial und Nahrungsmittel in Österreich zurückweist. Eine Anzahl Delegierter, u. a. der Vertreter der Sowjetunion, hatten sich der Stimme enthalten. Der französische Delegierte unterstrich den Standpunkt des Sowjetvertreter.

Die Resolution bezieht sich nicht auf Österreich, sondern verlangt allgemein, daß die Besatzungstruppen in den von UNRRA versorgten Ländern davon Abstand nehmen sollen, Lebensmittel, Heizmaterial und andere Güter, die in diesen Ländern erzeugt werden, ihrem eigenen Verbrauch zuzuführen. Davon ausgenommen sind leicht verderbliche Lebensmittel wie Obst und Gemüse.

Das kommende Betriebsrätegesetz

Frankfurt, 28. März. (DANA) „Es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Eine Garantie für den Erfolg muß das kommende Betriebsrätegesetz bilden“, sagte der grösste Arbeiterführer Oskar Müller in einer Rede über die Aufgabe des kommenden Betriebsrätegesetzes am letzten Sonntag im Radio Frankfurt.

Er wies darauf hin, daß die Ziele des Nationalsozialismus nur nach einer völligen Enttötung der deutschen Arbeiterschaft erreicht werden könnten. Der Neuaufbau Deutschlands sei nicht möglich, wenn keine wirtschaftsdemokratischen Maßnahmen ergriffen würden. Die Wirtschaft dürfe nicht mehr von den Interessen einer kleinen Gruppe beherrscht sein, sondern müsse die Lebensfunktion des gesamten Volkes werden. Das Volk solle wieder wirtschaftlich mitbestimmen. Von diesem Gesichtspunkte aus werde das kommende Betriebsrätegesetz das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmervertretung verankern. Es käme darauf an, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer von Einzelbetrieb angefangen bis in die höchste Spitze der zentralen Wirtschaftsorganisation festzulegen.

Auf die Einzelheiten des neuen Betriebsrätegesetzes eingehend, das zur Zeit ausgearbeitet wird, sagte Oskar Müller: „Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmervertretung die reinen, sozialen, tariflichen und arbeitsrechtlichen Interessen der Belegschaft gemäß den Gesetzen und den tariflichen Bestimmungen zu wahren und zu sichern hat, aber ihre Rechte müssen viel weitgehender sein.“ Die Arbeitnehmervertretung muß durch ihr Kontrollrecht nicht allein verhindern, daß irgendwelche neuen Ansätze von Kriegsproduktion entstehen können, sondern dahingehend wirken, daß die Betriebsproduktion ausschließlich der Bedarfsdeckung des Volkes diene.“ Die Arbeitnehmervertretung habe dafür zu sorgen, daß sämtliche Betriebsmittel volkswirtschaftlich verwendet würden. Ferner sei sie für die Ausschaltung der Vertreter reaktionärer wirtschaftspolitischer Auffassung verantwortlich.

DAS WORT DER FRAU



Frau und Politik

Die deutsche Hausfrau befindet sich in Gefahr, von den täglichen Pflichten derart in Anspruch genommen zu werden, daß jedes andere Interesse in Frage gestellt ist...

notwendig ist, um aus einem jetzt zwangsläufig von außen her aufzunehmenden Einfluß ein organisch-lebensfähiges Staatswesen zu machen.

Man sagt, unter Blinden sei der Einäugige König. Als Einäugiger habe sich die Machthaber des Dritten Reiches bis zur letzten Sekunde erwiesen...

Süddeutsche Oberliga Nürnberg - Kickers Schweinfurt - BCA Schwaben - Fürth...

Bezirksliga Gruppe West (Rückrunde) Südwest - Ruppurr Malch - Belerthelm...

Bezirksliga Gruppe Ost Hagsfeld - Aus Blankenloch - Weingarten...

Staffel 1: Belach - Ruppurr Belerthelm - Malch...

Staffel 2: Hochstetten - FrSpuSpVgg Daxlanden - Linksheim...

Staffel 3: Weingarten - Blankenloch Friedrichthal - Tsch. Durlach...

Germania Karlsruhe - ASV Grötzingen Germania gewinnt das Gewichtheben mit 1186 kg...

Säuberung der Wirtschaft eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften

Die Säuberung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens von allen nazistischen und reaktionären Elementen...

Verwendung der Gewerkschaftsbeiträge Die heutigen finanziellen Verhältnisse beim FDGB in Berlin...

Urverwalter zu den Gewerkschaftsvorständen in München. Die in der Arbeitsgemeinschaft...

Eine Million Gewerkschaftsmitglieder in Sachsen. Sachsen hat nach einer Meldung des Berliner Rundfunks...

Die Einzelergebnisse waren: Klink (K) besiegt Kunzmann (G) in 10 Min. De Grandi (G) konnte Schwammberger (K) unterlag...

Germania Singen - Wöschbach 3:0 Mit schönen Angriffen zeigte sich Singen auch in diesem Spiel...

Tschechoslowakiet schlägt die Schweiz im Eishockey 5:0

Ungarns Verbandskapitän Gallovich hat 18 Spieler, darunter auch die Brüder Sarosi, benannt...

SPD Karlsruhe-Kelllingen Am 16. 3. sprach Gen. Orth in öffentlicher Versammlung...

Verband der Kaffee-Großröster und -Händler, Siles Hamburg. Am 28. 12. 1945 ist in Hamburg...

Wettervorhersage: Fortbestand des sonnigen Frühlingswetters bis zum Wochenende...

Ebelwasserstände 28. März: Konstanz 295 (+5), Breisach 195 (-1)...

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101

Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur

Was soll die Tochter werden?

Das ist noch nicht lange her, da war die Frage nach der Berufswahl der Tochter noch abgetan...

Die Erfahrungen, besonders der letzten Zeit, haben bewiesen, daß die Annahme falsch ist...

Es bleibt ein großes Gebiet, das immer noch uneingeschränkte Domäne der Frau ist: die Hauswirtschaft...

Arbeitsmöglichkeiten findet die junge Tochter auch in Gärtnereien oder in landwirtschaftlichen Betrieben...

Die geschilderte Lage mag manche Hoffnungen zu nichte machen, manchen Kummer auflösen...

Die Fachschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Die Fächerschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Die Fächerschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Die Fächerschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Die Fächerschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Die Fächerschulen aber sind ein Zeitpfeil, der stark überlastet ist...

Handwerk und Nachwuchsfragen

Im starken Ausmaß sehen wir heute beim Nachwuchs im Handwerk einen Niedergang...

Heute nun wollen viele junge Handwerker, kaum der Lehre und Militärdienst frei...

Ein Ausweichen in feinermechanische Berufe, etwa auch in des Uhrmachers...

Die Lehrlinge erhalten nicht nur Vorprüfungsunterricht...

Gottesdienste

Evangel. Gottesdienste, 31. März 1946, Liturgie: Karlsruher-Darlehens: 9.30 GdSt., 10.45 KdSt. GdSt., 9.30 GdSt., 10.45 KdSt. GdSt. ...

Veranstaltungen

Circus Helene Hoppe, Karlsruhe, Platz a. d. Markthalle, Tel. Nr. 30. Gastspiel bis einsch. 14. April mit Rekordprogramm ...

Familien-Anzeigen

Müller, Albert Oberzollinspektor, mein Heber Mann, unser guter Papa, unser eld. v. Bruder, Schwiegervater, Schwager ...

Glück-Fallst (Rundplatz)

Glück-Fallst (Rundplatz) Ab Freitag, den 29. 3. 46, mit Hilde Krahl, Paul Busch, Fita Benkhof ...

Arzte

Dr. med. H. Zell, prakt. Arzt, Praxis: Röhre 1, April, Karlsruhe, Silcherstr. 7 (Altsiedlung) ...

Stellengangebote

Diplom-Sportlehrer v. Rhein, Großes als Trainer f. Fußball und Leichtathletik ...

Verloren

Verloren am 19. 3. 46 ein Glöckchenband, 2 cm breit, Vorderrad-Wärmer-Milke-Behälter ...

Tauschgesuche

Biene Motorrad, Zandapp, 200 ccm, in gut. Fahrzust. Zust. Sch. Fahrrad, Couch oder ...

Suchdienst

Wer weiß des Aufenthalt mel. 161, Tochter Elfride Klückens, welche sich weihnachten 1945 ...

Immobilien

Fabrik, geeignet f. chem. Produktion, z. pacht. gesucht, Objekt f. Industrie f. chem. Fabrikation ...

Verloren

Verloren am 19. 3. 46 ein Glöckchenband, 2 cm breit, Vorderrad-Wärmer-Milke-Behälter ...

Tauschgesuche

Biene Motorrad, Zandapp, 200 ccm, in gut. Fahrzust. Zust. Sch. Fahrrad, Couch oder ...

Suchdienst

Wer weiß des Aufenthalt mel. 161, Tochter Elfride Klückens, welche sich weihnachten 1945 ...

Immobilien

Fabrik, geeignet f. chem. Produktion, z. pacht. gesucht, Objekt f. Industrie f. chem. Fabrikation ...

Amliche Bekanntmachungen

Öffentliche Zerstörung einer Klasse, 1 R 2 2/48. Die Frau Charlotte Sieglee geb. Krebs in Dillstall, Bolowstraße 28, Prozeßbeleg ...

Stellengesuche

Jung. Vertreter, in Landgem., (u. Umg.) best. ein. Geschäft, sucht Vertretung, Angebote u. 0295 an BNN.

Bausparwesen

Durch den Abschluß eines Bausparvertrages sichern Sie sich die hundertprozentige Finanzierung Ihres Eigenheimes ...

Verloren

Verloren am 19. 3. 46 ein Glöckchenband, 2 cm breit, Vorderrad-Wärmer-Milke-Behälter ...

Tauschgesuche

Biene Motorrad, Zandapp, 200 ccm, in gut. Fahrzust. Zust. Sch. Fahrrad, Couch oder ...

Suchdienst

Wer weiß des Aufenthalt mel. 161, Tochter Elfride Klückens, welche sich weihnachten 1945 ...

Verloren

Verloren am 19. 3. 46 ein Glöckchenband, 2 cm breit, Vorderrad-Wärmer-Milke-Behälter ...

Tauschgesuche

Biene Motorrad, Zandapp, 200 ccm, in gut. Fahrzust. Zust. Sch. Fahrrad, Couch oder ...

Suchdienst

Wer weiß des Aufenthalt mel. 161, Tochter Elfride Klückens, welche sich weihnachten 1945 ...

Verloren

Verloren am 19. 3. 46 ein Glöckchenband, 2 cm breit, Vorderrad-Wärmer-Milke-Behälter ...

Tauschgesuche

Biene Motorrad, Zandapp, 200 ccm, in gut. Fahrzust. Zust. Sch. Fahrrad, Couch oder ...

Suchdienst

Wer weiß des Aufenthalt mel. 161, Tochter Elfride Klückens, welche sich weihnachten 1945 ...